



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

┌ Geschäftszahl 14.969/3-I/10/87 ┐

An das
 Präsidium des Nationalrates
 Parlament
1016 Wien

Betr.: Entwurf eines Futtermittel-
 gesetzes;
 Begutachtungsverfahren

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

Koär. Dr. Österreicher

Klappe 5435 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort, die
 Geschäftszahl dieses
 Schreibens anführen.

GESETZENTWURF	
76	GE 987
Datum: - 7. JAN. 1988	
Verteilt 7. JAN. 1988	

31.12.1987 !

Unter Bezugnahme auf die Entschließung des Nationalrates
 anlalich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes,
 BGBl.Nr. 178/1961, beehrt sich das Bundesministerium für
 wirtschaftliche Angelegenheiten, 25 Ausfertigungen seiner
 Stellungnahme zum Entwurf eines Futtermittelgesetzes zu
 bermitteln.

25 Beilagen

Wien, am 29. Dezember 1987

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit
 der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

┌ Geschäftszahl 14.969/3-I/10/87 ┐

An das
Bundesministerium für Land-
und Forstwirtschaft
im H a u s e

1011 Wien, Stubenring 1
Telefon 0222 / 7500

Name des Sachbearbeiters:
Koär. Dr. Österreicher

Klappe 5435 Durchwahl
Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

└ Betr.: Entwurf eines Futtermittel-
gesetzes;

31.12.1987 !

Begutachtungsverfahren

zu do. Zl. 12.500/05-I 2/87 vom 29.10.1987

Zu dem o.a. Gesetzesentwurf beehrt sich das ho. Ressort
folgendes mitzuteilen:

1) Zu § 2 Abs. 9 und 10:

Die Definition des Begriffes "Inverkehrbringen" ist dem
Lebensmittelgesetz 1975 mit der Begründung der "Gleich-
artigkeit der Materien" entnommen worden (Erl. zu § 2).

Nun ist aber ein Futtermittelgesetz trotz einiger Berührungspunkte mit dem LMG doch nicht so nahe mit diesem verwandt, daß diese Übernahme zwingend wäre.

Das ho. Ressort wendet sich daher gegen die sprachwidrige, Rechtsunsicherheit verursachende Ausweitung des Begriffes "Inverkehrbringen" und tritt dafür ein, diesen Begriff in Übereinstimmung mit dem Sprachgebrauch zu verwenden:

Demnach umfaßt das Inverkehrbringen jedenfalls das Verkaufen und jedes sonstige Überlassen (die im Entwurf vorgesehene Einschränkung auf das Überlassen "zu Erwerbszwecken" ist mehrdeutig und könnte zu Auslegungsschwierigkeiten führen); das Feilhalten steht in einem engen Naheverhältnis zum Inverkehrbringen. So spricht das UWG (§ 32 Abs. 1) von "Feil-

- 2 -

halten oder sonst in Verkehr bringen (§ 22 PatG: "in Verkehr bringen, feilhalten"). Im Begriff des Feilhaltens ist wohl auch das Ankündigen und Werben mit enthalten.

Die anderen in § 2 Abs. 9 aufgezählten Tätigkeiten sind Vorstufen des Feilhaltens.

Die weite und sprachwidrige Definition des "Inverkehrbringens" ist nicht nur unter sprachlichen Gesichtspunkten unschön, sondern führt auch zu Auslegungsschwierigkeiten: So ist z.B. offensichtlich in den §§ 4, 5, 6, 7 etc. in Wahrheit nur das Feilhalten - unter Einschluß des Ankündigens und Werbens - und das Inverkehrbringen im sprachüblichen Sinn gemeint, weil bei der Gewinnung oder Herstellung von Futtermitteln keine Falschbezeichnung etc. erfolgen kann.

Das ho. Ressort legt Wert auf die Feststellung, daß sich seine Bedenken nicht gegen die inhaltlichen Regelungen des Entwurfes richten. Es soll lediglich bei den Bestimmungen, die tatsächlich auch das Gewinnen, Herstellen, Behandeln, Einführen, Lagern, Verpacken oder Bezeichnen regeln wollen, dies ausdrücklich zum Ausdruck gebracht werden.

2) Zu den §§ 6 Abs. 5 und 8 Abs. 3:

Aus grundsätzlichen Erwägungen sollten die Mitwirkungsrechte des ho. Ressorts, wie sie im § 5 Abs. 5 des bisherigen Futtermittelgesetzes 1952 zum Ausdruck gekommen sind, auch im neuen Futtermittelgesetz gewahrt bleiben.

Daher sollten nach ho. Auffassung unter Anpassung an das geänderte System des Gesetzes bei den Verordnungsermächtigungen gemäß §§ 6 Abs. 5 und 8 Abs. 3 Mitkompetenzen des ho. Ressorts verankert werden.

§ 6 Abs. 5 sollte daher lauten:

"Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Ange-

- 3 -

legenheiten mit Verordnung".

Eine solche Mitkompetenz des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten ist durch Z 1. der zitierten Bestimmung begründet, in der festgelegt ist: "..... und deren Bezeichnung zu bestimmen,". Durch diese Bestimmung sind wettbewerbsrechtliche Auswirkungen möglich. Insbesondere ist hier auf § 32 des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb 1984, BGBl.Nr. 448 in dessen Abschnitt "4. Vorschriften über Kennzeichnungen" hinzuweisen. Die darin enthaltene Verordnungsermächtigung ist gemäß der Vollziehungsklausel des § 43 UWG durch die Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, für Finanzen, für Land- und Forstwirtschaft, für Justiz und, soweit es sich um Lebensmittel, Verzehrprodukte und Zusatzstoffe handelt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst zu handhaben. In diesem Zusammenhang wird auch auf § 34 Z. 8 des Gesetzesentwurfes verwiesen.

§ 8 Abs. 3 sollte demnach lauten:

"Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten mit Verordnung". Eine solche Mitkompetenz des ho. Ressorts erscheint besonders im Hinblick auf die Integrationsbemühungen Österreichs notwendig, um sicherzustellen, daß Begrenzungen von bestimmten Komponenten von Mischfuttertypen zu keinen handelspolitischen Konsequenzen führen können.

3) Zu den §§ 7 Abs. 2 und Abs. 3 Z 1, 9 Abs. 1 Z 2 und 13 Abs. 1 Z 2:

Folgende Begriffe scheinen unklar:

§ 7 Abs. 2: "Zeichen"

§ 7 Abs. 3 Z 1: "Firmensymbol"

§ 9 Abs. 1 Z 2 u. § 13 Abs. 1 Z 2: "Handelsbezeichnung"

Es wäre zu klären, was genau unter diesen Begriffen verstanden wird, Diese sollten sodann gegebenenfalls durch die exakten,

- 4 -

in anderen Bestimmungen des gewerblichen Rechtsschutzes bereits in Verwendung stehenden Termini ersetzt werden (vgl. Marke, Firma, Name des Erzeugers, Bezeichnung des Unternehmens, Unternehmenskennzeichen etc.).

4) Zu den §§ 8 Abs. 6, 11 Abs. 2, 12 Abs. 1, 13 Abs. 2, 14 Abs. 1 und 37 Z 2 des I. Abschnittes sowie zu Abschnitt II Art. II und zu Abschnitt III Art. II:

In diesen Bestimmungen werden jeweils einem Bundesminister im Bundeskanzleramt, nämlich dem Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst besondere Vollziehungskompetenzen zugewiesen. Dies dürfte jedoch, wie aus dem Rundschreiben des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst vom 30.3.1987, Zl. 603.228/5-V/2/87, (Pkt. II.1.) hervorgeht, nicht unbedenklich sein. Eine abschließende Beurteilung dieser Frage bleibt aber dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst vorbehalten.

Im § 37 Z 2 sollte das erste Zitat im übrigen richtig § 8 Abs. 6" lauten.

5) Zu § 17 Abs. 2 Z 3 und 4:

Gemäß diesen Bestimmungen hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten durch Verordnung nähere Vorschriften über die Verarbeitung bestimmter Futtermittel durch hiezu ausdrücklich anerkannte Betriebe und über das Verfahren der Anerkennung zu erlassen.

Hiezu ist zu bemerken, daß die gewerbsmäßige Erzeugung von Futtermitteln gemäß § 103 Abs. 1 lit. b Z 20 GewO 1973 ein gebundenes Gewerbe ("Futtermittelerzeuger") darstellt, für welches der Nachweis der Befähigung bereits in der Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 5. Feber 1976, BGBl.Nr. 74, über den Befähigungsnachweis für das gebundene Gewerbe der Futtermittelerzeuger geregelt

- 5 -

ist. Im Hinblick auf gewerbliche Futtermittelverarbeitungs-
betriebe ist somit von ho. Seite gegen diese Bestimmung
dann nichts einzuwenden, wenn im Rahmen der zu er-
lassenden Verordnung keine zusätzlichen Regelungen be-
treffend den Nachweis der persönlichen Befähigung zur
Ausübung dieses Gewerbes getroffen werden, sondern nur
Vorschriften über die Ausstattung von Anlagen zur Ver-
arbeitung von Futtermitteln oder allenfalls auch über die
entsprechende Ausbildung von mit der Durchführung von be-
sonderen Tätigkeiten betrauten Personen.

6) Zu § 19 Abs. 1:

Nach dieser Bestimmung hat, wer bestimmte Futtermittel her-
zustellen oder sonst in Verkehr zu bringen beabsichtigt,
dies vor Aufnahme der Tätigkeit dem Landeshauptmann zu
melden.

Gegen diese Bestimmung bestehen unter der Voraussetzung
keine Einwendungen, daß sie lediglich für Überwachungs-
zwecke der Evidenthaltung jener Betriebe und Unternehmen
dient, die Futtermittel iSd Futtermittelgesetzes her-
stellen oder sonst in Verkehr bringen und insbesondere
keine weitergehenden Wirkungen gewerberechtlicher Natur
beinhaltet. In diesem Sinne sollte auch statt des Aus-
drucks "melden" der Ausdruck "anzeigen" verwendet werden,
um eine Verwechslung mit dem gewerberechtlichen Begriff
der Gewerbeanmeldung von vornherein auszuschließen.

7) Zu § 30 Abs. 1 Z 1:

Nach ho. Auffassung ist eine Geldstrafen-Obergrenze von
S 300.000,-- für teilweise neue Verwaltungsstraftatbe-
stände im Hinblick auf die EMRK nicht unbedenklich. Auch
in dieser Frage bleibt jedoch die abschließende Beurteilung
dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst überlassen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem
Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Wien, am 29. Dezember 1987

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

